

Die Grünen

Trojanisches Pferd der Volksfeinde

Grün heißt noch lange nicht ökologisch

De-Industrialisierung ohne
ökologischen Nutzen ist
zukunftsfeindlich

Kein Bock auf Annalena

Droht Deutschland eine
grüne Kanzlerin?



Der männliche Mini-Merkel

Armin Laschet (CDU) als
Verlegenheitslösung?

»Gesunde Politik gegen ein krankes System«

Die *DS* im Gespräch mit dem NPD-
Parteivorsitzenden Frank Franz.

Das öko-trojanische Pferd

Liebe Leser, vielleicht werden sich manche von Ihnen noch an die Entstehungszeit der GRÜNEN Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre erinnern. Damals gab es in der bunten Bewegung auch Konservative, die sich um den Erhalt der Umwelt sorgten und sich von der CDU/CSU nicht mehr vertreten fühlten. Hinzu kam bei vielen Bürgern das Gefühl, das etablierte Parteiensystem sei erstarrt und reformunfähig. Die GRÜNEN schienen die Antwort auf diese Entwicklung zu sein.

Doch was ist aus dieser Partei mittlerweile geworden? Schon bald wurde die junge Partei durch die K-Gruppen der Neuen Linken unterwandert, und es kam in der Folge zur Dekonstruktion von bis dahin selbstverständlichen Begriffen wie Volk, Nation und Geschlechtern – seitdem soll der »neue Mensch« geschaffen

werden. Mit Natürlichkeit, Bewahrung der Schöpfung und Lebensbejahung hat das alles nichts mehr zu tun. Auch ihre pazifistische Unschuld hat die Partei der Bundeswehr-Kriegseinsätze längst verloren, und auch die Gewaltaffinität bei der Bekämpfung des politischen Gegners ist längst Teil ihrer DNA geworden.

Leider werden die GRÜNEN aller Voraussicht nach ihren Einfluss im Zuge der bevorstehenden Bundestagswahl noch einmal erheblich steigern, ggf. sogar die Regierung führen, weil viele Deutsche noch nicht verstanden haben, dass es sich bei dieser Partei um ein öko-trojanisches Pferd mit volksfeindlichen Absichten handelt.

Aber auch die CDU/CSU ist keine Alternative, sondern will dieselbe Politik nur mit anderen Mitteln vorantreiben. Ein Bundeskanzler Armin Laschet wäre nur

die Fortsetzung von 16 Jahren Merkel-Herrschaft, deren Ende so viele herbeisehnen.

Im Interview mit dem NPD-Parteivorsitzenden Frank Franz spreche ich darüber, was in Deutschland wirklich notwendig wäre und warum sich die Nationaldemokraten als Anti-Parteien-Partei zum herrschenden politischen System verstehen. Machen Sie sich in dieser Sonderausgabe unseres Monatsmagazins *DEUTSCHE STIMME* selbst ein Bild!

Ihr



Peter Schreiber
DS-Chefredakteur und Verlagsleiter

Annalena Baerbock – droht Deutschland eine grüne Kanzlerin?

Kein Bock auf Annalena

Deutschland droht eine grüne Regierung; die Frage ist nur noch ob schwarz-grün, grün-schwarz oder rot-rot-grün. Die Altparteien scheinen dabei längst untereinander ausgeknobelt zu haben, wer im Bundeskanzleramt einziehen wird.

Christian Schwichert

Anders ist es nicht zu erklären, wieso die Union quasi fast schon Platz macht für Annalena Baerbock von den Grünen, indem sie einen unbeliebten Kandidaten nimmt, der keinerlei Leistungen vorweisen kann. »Fragen wie Rohstoffe, Kobold, wo kommt das eigentlich her, wie kann das eigentlich recycelt werden? Da müssen wir natürlich Antworten geben, und da gibt es jetzt die ersten Batterien, die auf Kobold verzichten können«, erklärte sie einmal in der ARD. Natürlich

meinte sie eigentlich den Rohstoff Cobalt. Der Abbau ist umweltschädlich und das Zeug wird auch nicht wiederverwertet, weil der Neuabbau billiger ist als das Wiederverwerten.

Baerbock jedenfalls scheint die meiste Zeit ihres Lebens in einer linken Filterblase gelebt zu haben. Mal hat sie für die Grünen in der EU Bürojobs gemacht, mal war sie im Vorstand der EU-Grünen. Natürlich fordert sie, dass die Staats- und Regierungschefs »endlich ein großzügiges Kontingent für die legale Flucht nach Europa beschließen« sowie eine gemeinschaftliche Verteilung von Geflüchteten und ein Sofortprogramm zum Aufbau einer europäischen Seenotrettungsmission. Das heißt für uns Europäer, dass wir noch mehr zur Minderheit im eigenen Land gemacht werden.

Die Grünen unterscheidet von den anderen Parteien eigentlich nur, dass sie ganz offen sagen, was sie wollen, während CDU/CSU und die FDP im Wahlkampf so tun, als ob sie bürgerlich wären, wobei freilich am Ende dasselbe rauskommt wie bei den Grünen. ♪



Annalena Baerbock ist seit dem 27. Januar 2018 Bundesvorsitzende der Grünen, gemeinsam mit Robert Habeck. Bild: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu), CC BY-SA 3.0-de, Wikimedia Commons

De-Industrialisierung ohne ökologischen Nutzen ist zukunftsfeindlich

Grün heißt noch lange nicht ökologisch



Deutschlands relativer Wohlstand basiert auf seinem Charakter als Industrienation, doch paradoxerweise erfreut sich die Partei Bündnis 90/Die Grünen zumindest im Westen – siehe beispielsweise im März in Baden-Württemberg – teils respektabler Wahlergebnisse, obwohl deren Politik als regelrechtes De-Industrialisierungsprogramm gelesen werden kann.

Sascha A. Roßmüller

Neben dem Versagen der schwarz-roten Bundesregierung profitiert diese Partei mit ihrem grünen Etikett vom allgemein gestiegenen Umweltbewusstsein bzw. es gelingt ihr, sich über ihre Verankerung in den Medien als angebliche Interessenvertreterin ökologischer Belange zu vermarkten, obgleich die tatsächliche ökologische Qualität der Grünen zu hinterfragen ist.

Seit jeher machen die Grünen Stimmen mit Stimmung, indem sie – von Weltuntergangs-Alarmismus begleitet – Maximalpositionen einfordern, die vielfach wegen ihrer überzogenen Art Widerstand hervorrufen, der wiederum berechtigten Naturschutzinteressen zum Teil ab-

träglich ist. Seit dem Greta-Hype bedient man exzessiv das »Fridays-for-Future«-Milieu, wobei man sich innerhalb der Gemeinde der Klimareligion im Gegensatz zu anderen Politikfeldern ideologisch kein bisschen inklusiv gibt, sondern nur radikale Eindimensionalität im Sinne eines forcierten Energieumsturzes kennt, denn von einer Wende kann dabei nicht mehr die Rede sein.

Grundvoraussetzung Grundlastfähigkeit

Fraglos ist es angebracht, über Naturschutz, Ressourcennutzung und Energiepolitik zu diskutieren, aber bitte abseits eines hysterischen faktenresistenten Fanatismus. Solange, neben sicherheitsrelevanten Aspekten, zur Frage des Atommülls sowie der Endlagerung keine tragfähigen Lösungen vorhanden sind, ist es legitim, nach Alternativen zur Kernkraft zu suchen, allerdings darf man dennoch nicht ausblenden, dass eine ebenso kurzfristige Abkehr von Kohle und Gas bei gleichzeitiger Erhöhung des Strombedarfs aufgrund der Verkehrswende weg vom

Ladestation für Elektrofahrzeuge in Berlin: Würden nur eine Million E-Fahrzeuge gleichzeitig ans Netz gehen, würde die sechsfache Leistung dessen benötigt, was das deutsche Stromnetz derzeit zu leisten vermag.
Bild: Michael Movchin / Felix Müller, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

klassischen Verbrennungsmotor mit den Anforderungen eines Industriestandorts schwer in Einklang zu bringen ist.

Eine Kompensation allein mit den nicht grundlastfähigen Energiequellen Wind- und Solarstrom mutet unrealistisch an. Paradox wird es dann, wenn Parteigänger der Grünen selbst noch beim Bau von Pumpspeicherkraftwerken Gründe finden, um dagegen zu sein. Gas als zumindest CO₂-ärmerer Energieträger ist den linksgrünen CO₂-Puristen jedoch ebenso wenig genehm.

Auch die Deutsche Energieagentur (DENA) bemängelte in ihrem Zwischenbericht zur 2018er-Leitstudie zu den Energie- und Klimazielen, dass zwischen 2015 und 2018 trotz verbesserter Marktlage keine Gaskraftwerke in Betrieb genommen wurden. Im Verbund mit grundlastfähiger Biomasse und Geothermie käme man der Energiewende ein Stück näher, ohne das Land zu deindustrialisieren.

Fakten-Check contra Ideologie

Gerne wird auch das Bio-Lifestyle-Milieu gegen die konventionelle Landwirtschaft in Stellung gebracht, ungeachtet dessen, dass so manches Bio-Rind, das auf gerodeten Urwaldflächen in Südamerika graste, deutlich größeren Klimaschaden anrichtete als die im deutschen Stall gemästeten Tiere. Nicht zuletzt können auch Strom und Kraft-

stoff aus Biomasse zu größerem Raubbau an der Umwelt führen als konventionelle Erdölförderung. Für die jährlich über eine halbe Million Tonnen Palmöl, die Deutschland für Biosprit-Projekte importiert, werden enorme Regenwaldareale, sprich der CO₂-Speicher schlechthin, gerodet. Insbesondere der Hype um die E-Mobilität auf Lithium-Batteriebasis verdient es, kritisch durchleuchtet zu werden. Expertenmeinungen zufolge werden bis 2030 in der Automobilindustrie jährlich mehr als 240 000 Tonnen Lithium benötigt. Für die Gewinnung einer Tonne Lithium werden nicht weniger als zwei Millionen Liter Wasser verbraucht – umweltpolitisch äußerst bedenklich. Ein weiteres Problem: Würden künftig in Deutschland nur eine Million E-Auto-Besitzer zeitgleich per Schnellladung ihre Batterien füllen, wäre dazu das Sechsfache an elektrischer Leistung des heutigen deutschen Stromnetzes nötig.

Ganzheitliche Perspektive notwendig

Nicht allein, was die E-Auto-Debatte oder auch die Digitalisierung der Arbeitswelt betrifft, scheint bei den Grünen ebenfalls ein gewisser Autismus bezüglich des Zusammenhangs von High-Tech-Rohstoffen und Klimaschutztechnologien vorzuherrschen, wenn man auf so manche Proteste gegen eine Nutzung eigener Rohstoffstätten in Deutschland blickt. Heimische Rohstoffnutzung – denn Deutschland ist hinsichtlich zahlreicher mineralischer Rohstoffe gar kein so rohstoffarmes Land, wie oftmals gedacht – bedeutet allerdings geringere Emissionen und weniger Energieverbrauch. Bedenkt man dann noch, dass bezüglich vieler Lagerstätten ein gewisser Konflikt mit anderweitigen Nutzungsansprüchen besteht, sei es naturschutzgebietlicher, landwirtschaftlicher oder siedlungstechnischer Natur, stößt man unweigerlich auf die Frage der Bevölkerungsentwicklung, die Wohnraumfrage und letztendlich die Bodenversiegelung.

Hier verliert sich die ganzheitliche Sichtweise der Grünen vollends, wenn man deren migrationspolitische Position zugrunde legt. Die weltrettenden Klimaheilsbringer blenden regelmäßig aus, dass die 2015 willkommensbeklatschten Refugee-Ströme gekommen sind, um vom luxuriösen westlichen Lebensstil zu profitieren, und nicht, um durch Konsumzurückhaltung CO₂ reduzieren zu helfen. Vom Flächenfraß im Zuge des Massenzuzugs von Migrant*innen ganz zu schweigen. Man sollte daher nationalen Heimatschützern die Verantwortung übertragen und nicht grünen Klimahysterikern. ❧

Lithiumabbau für die E-Mobilität. Der Salar de Uyuni (Bolivien), der Salar de Atacama (Chile) und der Salar del Hombre Muerto (Argentinien) bilden ein Dreieck, in dem sich mehr als 85 Prozent der bekannten Lithiumreserven auf dem Planeten befinden.

Bild: Heimlich, CC BY-NC 2.0, flickr.com



Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) – Verlegenheitslösung oder bewusste Kapitulation vor den Grünen?

Der männliche Mini-Merkel

Er ging als Sieger aus dem Gezerre um die Kanzlerkandidatur der Union hervor. Armin Laschet wird für CDU und CSU ins Rennen ums Kanzleramt gehen. Was die Wähler davon halten, haben die ersten Umfragen nach der Verkündung gezeigt. Die Union schmierte ab, die Grünen konnten sie bundesweit überholen.

Ronny Zasowk

Den Grünen gelang es besser, die eigene Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock ohne vorangegangene, öffentlich ausgetragene Streitigkeiten zu präsentieren. Doch was ist von einem Kanzlerkandidaten, was wäre von einem Bundeskanzler Armin Laschet zu erwarten?

Nachdem er bereits in den 90er Jahren im Bundestag gesessen hatte und im Jahr 1999 ins Europäische Parlament gewechselt war, wurde er im Jahr 2005 in Nordrhein-Westfalen der erste Integrationsminister eines deutschen Bundeslandes. Als der Großteil der CDU sich, zumindest offiziell, noch gegen die Klassifizierung Deutschlands als Einwanderungsland aussprach, warb er offen für mehr Einwanderung nach Deutschland. Insofern nahm er den späteren Merkel-Kurs rund zehn Jahre früher vorweg.

Auch erklärte er, dass der Markenkern der CDU nicht das Konservative sei, sondern das christliche Menschenbild, was mit Blick auf die konservative Entkernung der CDU ebenfalls eine Parallele zu Merkel darstellt. Sein christliches Menschenbild hinderte ihn allerdings nicht daran, sowohl als Integrationsminister als auch als Ministerpräsident einen Kuschelkurs gegenüber muslimischen Verbänden zu fahren. Selbst innerhalb der eigenen Partei brachte ihm sein Anbiedere den Beinamen »Türken-Armin« ein.

Laschet war neben seiner politischen Laufbahn über Jahre hinweg auch Inhaber eines Lehrauftrags der Uni Aachen. Diesen Auftrag musste er allerdings abgeben, nachdem bekannt geworden war, dass ihm zu korrigierende Klausuren abhanden gekommen waren und er sich nicht anders zu helfen wusste, als die Klausuren aus der



Erinnerung zu bewerten. Dumm nur, dass auch Studenten Noten erhielten, die an der Klausur überhaupt nicht teilgenommen hatten.

Auch in seinem politischen Amt nimmt er nicht immer alles so genau. So stolperte er in der Corona-Krise über eine möglicherweise rechtswidrige Vergabe von öffentlichen Aufträgen für Schutzmasken, die sein Sohn, ein Mode-Influencer, vermittelt haben soll. Der Fall war bis Redaktionsschluss noch nicht restlos geklärt. Dass es in der Union bisweilen Schwierigkeiten mit der Trennung von politischem Mandat und privater Geschäftemacherei in der Corona-Krise gab, zeigen nicht zuletzt die Rücktritte mehrerer Masken-Raffkes im Bundestag.

Und so kann Laschet schon jetzt als angeschlagen und angezählt gelten, bevor er auch nur einen Fuß über die Schwelle des Kanzleramts gesetzt hat. Sollte er Kanzler werden, ist von ihm eine nahtlose Fortsetzung der Merkel-Ära zu erwarten. Denn stets trug er Merkels katastrophale Politik mit und galt über Jahre hinweg als enger Vertrauter – ob in der Eurorettungspolitik, bei der Massenzuwanderung oder beim Dauerversagen in der Corona-Politik. ❧

Der selbst in seiner eigenen Partei als »Türken-Armin« titulierte Kanzlerkandidat der Union, Armin Laschet (* 18. Februar 1961 in Aachen), wird die Einwanderungspolitik von Angela Merkel nahtlos fortsetzen, wie auch den Ausverkauf Deutschlands an die Europäische Union.
Bild: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu), CC BY-SA 3.0-de, Wikimedia Commons

Zur Person Frank Franz

Geboren 1978 in Völklingen und dort aufgewachsen. Mit 18 Jahren Eintritt in die Bundeswehr für acht Jahre als Soldat auf Zeit, nach drei Jahren vorzeitige Beförderung zum Feldwebel. Danach dreijährige Ausbildung zum Physiotherapeuten, anschließend Wechsel zur Fraktionsgeschäftsführung in die Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Jahr später Selbstständigkeit in den Bereichen Marketing, Unternehmensberatung und Kommunikationsstrategie. Frank Franz ist Vater von drei Kindern und lebt in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und Berlin. Er war fast sechs Jahre Mitglied des Stadtrates seiner Heimatstadt Völklingen. Seit 2011 ist Franz gewähltes Mitglied im Parteivorstand und im Präsidium, seit Anfang November 2014 Parteivorsitzender der NPD.

Interview mit dem NPD-Parteivorsitzenden Frank Franz

Gesunde Politik gegen ein krankes System

Herr Franz, die NPD tritt am 26. September zur Bundestagswahl an. Weshalb ist sie Ihrer Auffassung nach die bessere Alternative zu den gegenwärtig im Parlament vertretenen Parteien?

Die NPD versteht sich als klare Alternative zu den gegenwärtig herrschenden Machtstrukturen in Deutschland. Das unterscheidet sie von allen anderen Parteien. Nach unserem Selbstverständnis sind wir eine Anti-Parteien-Partei, auch wenn sich das vielleicht zunächst merkwürdig anhören mag. Wir wollen nicht nur einige kosmetische Veränderungen in Teilbereichen, sondern die politischen Strukturen verändern, weil sie sich als ineffektiv und oftmals gegen das eigene Volk gerichtet erwiesen haben. Deutschland braucht eine gesunde Politik gegen ein krankes System, das sich immer krampfhafter und mit allen Mitteln gegen notwendige Veränderungen wehrt.

Aber fürchten nicht viele Menschen eher Veränderungen? Das Ergebnis der letzten Landtagswahlen deutet doch darauf hin.

Ich weiß – viele haben Angst vor zu viel Veränderung. Menschlich verstehe ich das. Aber ich sage auch: Unser Land wird in den nächsten Jahren auf jeden Fall Veränderungen erleben und erleiden, wie sie sich die meisten Leute noch gar nicht

vorstellen können. Das Problem ist, dass diese Veränderungen in die völlig verkehrte Richtung gehen. Wir müssen nach der Bundestagswahl mit der endgültigen Errichtung einer Klima-Diktatur rechnen. Dabei ist es egal, ob die nächste Bundesregierung nun von Baerbock von den Grünen oder Laschet von der Union angeführt wird. Letzterer würde die Einschränkungen der persönlichen Freiheit der Bürger unter dem Vorwand des Klimaschutzes voraussichtlich nur etwas weniger drastisch gestalten und dafür mehr in die Länge ziehen.

Es ist meine feste Überzeugung: Unser Land braucht eine radikale Wende! Wir müssen das Land zurückerobern. Die etablierten Parteien vertreten nur noch eine Minderheit des Volkes. Leider gelingt es ihnen aber immer noch, insbesondere vor Wahlen, einen Teil der Bürger über ihre wahren Absichten zu täuschen und Schreckgespenster aufzubauen, die dann dazu führen, dass die Menschen doch wieder sie als das ihnen am besten Vertraute wählen. Vor allem die Union ist darin ein wahrer Meister.

Aber gibt es denn überhaupt noch etwas Vertrautes aus den letzten Jahren, das man bewahren könnte? Die Entwicklung z. B. der Zuwanderung seit 2015 ist ja dramatisch. Neue Wellen von »Geflüchteten« strömen auf Europa und damit auch auf Deutschland zu. Dazu kommen die Corona-Maßnahmen, die immer mehr als unverhältnismäßig abgelehnt werden ...

Das ist das Problem! Viele Leute haben sich an diese negativen Entwicklungen schon gewöhnt. Es hat sich bereits wahnsinnig viel verändert in den letzten Jahren und Jahrzehnten, aber nicht zum Guten. Ich habe nicht den Eindruck, dass eine Mehrheit in unserem Land wirklich noch mehr Zuwanderung will. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Bürger wirklich ihre persönliche Freiheit und nicht zuletzt auch ihr Einkommen zugunsten der Klimahysterie einschränken will, die von den etablierten Parteien jeden Tag aufs Neue angefacht wird. Und ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Deutschen dauerhaft ihre Grundrechte an die jeweilige Bundesregierung abtreten will, wenn sich das Thema Corona mal wieder verschärft oder eine neue Infektionskrankheit auftritt.



Ich habe den Eindruck, dass viele Wähler Ihre Ansicht zwar teilen, aber dennoch vor einer Wahl der NPD zurückschrecken, weil sie die Partei als zu extrem empfinden. Was sagen Sie diesen Menschen?

Absurderweise wird gerade meiner Partei von Politikern der etablierten Parteien und irgendwelchen »Experten«, die ihnen sekundieren, immer vorgeworfen, die NPD strebe eine Diktatur an. Das Gegenteil ist richtig: Wir wollen mehr Freiheit, mehr Volksbeteiligung an politischen Entscheidungen und keinen immer allmächtiger werdenden Staat, wie wir ihn jetzt während der Corona-Krise erlebt haben. Was dabei herauskommt, können wir täglich beobachten: immer mehr finanzielle und seelische Belastungen für die Bürger, nicht zuletzt für die Familien und unsere Kinder. Es muss jeder selbst entscheiden, ob er ein »Weiter so« will oder ob nicht die Wahl der echten Systemalternative zumindest ein Zeichen wäre.

Die Etablierten werden jedenfalls nach der Wahl genau das Gegenteil von dem machen, was notwendig wäre: Die Gängelei der Menschen im Alltag wird immer weiter zunehmen. Es ist eine Illusion zu glauben, das würde mit dem Ende der Corona-Krise aufhören. Das wird nicht der Fall sein. Schon gibt es ja Stimmen aus ihren Reihen, die ähnliche freiheitsbeschränkende Maßnahmen mit dem Kampf gegen den Klimawandel begründen, dann droht nach dem Corona- der Klima-Lockdown. Das wird so kommen, solange es keine grundlegenden Veränderungen in Deutschland gibt, unabhängig davon, wer von den etablierten Parteien nun gerade den Kanzler stellt. Nach der Bundestagswahl droht in jedem Fall noch mehr grüner Verbotswahn.

Aber was will die NPD dagegen tun?

Es ist nicht zu erwarten, dass das heutige System von einem Tag auf den anderen plötzlich in sich zusammenfällt. Dafür sind die Machtstrukturen, der Parteien- und Medienfilz sowie die Verflechtung mit den großen Konzernen einfach viel zu stark. Aber es ist möglich, zunächst kleine Nadelstiche zu setzen. Das ist z. B. die Wahl der NPD am 26. September.

Zwischenfrage: Sie erwähnen jetzt kleine Nadelstiche. Zuvor sagten Sie aber, dass es große Veränderungen bedarf. Wie passt das zusammen?

Nun, ich bin Realist. Selbstverständlich wird die NPD nach der Bundestagswahl nicht den Kanzler stellen und das Ruder herumreißen. So ehrlich muss man gegenüber den Wählern sein.

Manche haben da falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten, die eine Partei im politischen System dieser Bundesrepublik hat. Das führt dann am Wahlabend zu Enttäuschung. Die NPD unterscheidet sich da von allen anderen Parteien. Wir beteiligen uns auch an Wahlen, aber das ist für uns kein Selbstzweck, sondern wir denken langfristiger, weil wir überzeugt davon sind, dass der Zeitpunkt kommen wird, an dem die Verhältnisse kippen werden. Dafür stehen wir bereit, aber dafür bedarf es auch eines gewissen Unterbaus, wie ihn Abgeordnete und Fraktionen darstellen, auch auf kommunaler und Landesebene.

Landesebene ist ein gutes Stichwort: Die NPD tritt neben der Bundestagswahl auch zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin an. Welche Wahlziele strebt die Partei dort an?

In Mecklenburg-Vorpommern waren wir zehn Jahre lang im Landtag vertreten. Die Partei ist nach wie vor in Kommunalparlamenten vertreten und in vielen Regionen verwurzelt. Wir versprechen uns deshalb dort, mit einem engagierten Wahlkampf ein starkes Signal setzen zu können. Ich selbst bin Spitzenkandidat zur Landtagswahl, wohne dort und bin seit Mai in MV heimisch. Der grundsätzliche Wille zu weitreichenden Veränderungen ist spürbar. MV ist immer für Überraschungen gut und auch der Einzug in den Landtag nicht unmöglich. In der Großstadt Berlin mit ihrem sehr hohen Ausländeranteil haben wir andere Ausgangsvoraussetzungen. Aber auch dort konnten wir zuletzt Erfolge verzeichnen. So ist der direkt gewählte Abgeordnete Kay Nerstheimer aus Lichtenberg im November letzten Jahres in die NPD eingetreten und kandidiert auch jetzt wieder zur Wahl für unsere Partei. Ich rechne deshalb mit Erfolgen vor allem im Osten der Hauptstadt.

Vielen Dank für das Gespräch! 🍷



Frank Franz, der Parteivorsitzende der NPD, sagt: »Unsere Zukunft hängt von uns allen ab - überlassen wir sie nicht den Gender-Fanatikern und Überfremdungspolitikern!«

Bild: NPD-MV

DS Impressum

Herausgeber: Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH
G.-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa
Telefon: (03525) 5292-13;
Telefax: (03525) 5292-22
E-Post Verlag:
geschaeftsuehrung@deutsche-stimme.de
E-Post Redaktion:
redaktion@deutsche-stimme.de
Geschäftsführer: Peter Schreiber
Anschrift von Verlag und Redaktion:
Deutsche Stimme Verlags GmbH,
G.-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa
Weltnetz: www.deutsche-stimme.de
Titelbild: Collage aus: CC0, pixabay.com;
Radoslaw Maciejewski, Michael Roskoth/en/
Shutterstock.com

EINE PARTEI ZWISCHEN TRADITION & ZUKUNFT

220 Seiten, viele
Abbildungen, Hardcover

29,80 EUR



Seit ihrer Gründung 1964 steht die NPD in den Stürmen des politischen Kampfes. Dieses Buch dokumentiert die Geschichte der Partei aus der Sicht ihrer Mitglieder und Freunde.

Ausführlich wird Rückschau gehalten auf das Auf und Ab der NPD – einer Partei, die nie so sein wollte wie alle anderen. Probleme werden dabei nicht verschwiegen.

bestellung.deutsche-stimme.de
03525 / 52 92 13

Der Freiheit eine Gasse!

Wissen. Analysen. Kommentare.
Informiert – statt manipuliert.

Wir leben schon länger in einer Phase der »ge-lenkten Demokratie«, dominiert von einseitiger Meinungsmache durch etablierte Parteien im Verbund mit den großen Medienkonzernen.

Gemeinsame Basis dieser Herrschaftsform ist der Globalismus, der seine Kritiker immer stärker ins Visier nimmt. Dabei fällt die Maskerade der vor-geblichen Demokratie, nach und nach kommt der totalitäre Charakter des herrschenden Meinungs-diktats zum Vorschein. In diesem Klima muss sich die *DEUTSCHE STIMME* behaupten und strebt danach, ihren Lesern ein alternatives und faktenbasiertes Informationsangebot zu bieten. 1976 als Zeitung gegründet, wagte die *DS* letztes Jahr äußerst erfolgreich ihren Neustart als Magazin.

Unter dem Motto »Durchbruch 21« streben wir nun eine deutliche Erhöhung unserer Reichweite an. Werden Sie jetzt Teil unserer Lesergemeinschaft und stärken Sie *DIE ANDERE MEINUNG!*

Abonnieren Sie jetzt die *Deutsche Stimme*

Vorname, Name

Straße, Haus-Nr.

PLZ

Ort

Geburtsdatum

Telefon, E-Mail

- Jahres-Abo** 12 Ausgaben Inland € 69,00 | Ausland € 76,00
- Förder-Abo** 12 Ausgaben Inland € 79,00 | Ausland € 86,00
- Probe-Abo** Print/Digital 3 Ausgaben Inland € 12,00
(nur gegen Vorkasse) | Ausland € 19,00 (nur gegen Vorkasse)

Widerrufgarantie: Meine Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen schriftlich beim *DS-Verlag* widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: *DS-Verlag*, G.-Scholl-Str. 4, 01591 Riesa. Kündigungsfrist für alle Jahres-Abonnements: Schriftlich 6 Wochen vor Bezugsende, anderenfalls verlängert sich das Abo um ein weiteres Jahr.

Coupon ausschneiden, einsenden an:

Deutsche Stimme Verlag
Postfach 10 00 68
01571 Riesa

Fax (03525) 5292 22
Telefon (030) 650 110
Redaktion (03525) 5292 13

bestellung.deutsche-stimme.de

Datenschutz: Die Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH erhebt und verarbeitet die in diesem Abonnement-Bestellschein enthaltenen personenbezogenen Daten ausschließlich zur Erfüllung des von Ihnen erteilten Auftrages bzw. des geschlossenen Abonnement-Vertrages. Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Vertragsverhältnisses (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO). Eine weitergehende Nutzung oder Übermittlung Ihrer Daten erfolgt nicht. Sie sind berechtigt, erteilte Einwilligungen jederzeit zu widerrufen. Des Weiteren haben Sie das Recht, Auskunft über die bei uns über Sie gespeicherten Daten zu verlangen sowie bei Unrichtigkeit der Daten die Berichtigung oder bei unzulässiger Datenspeicherung die Löschung bzw. die Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu fordern. Den Datenschutzbeauftragten der *DS Verlags GmbH* können Sie unter geschaefts-fuehrung@deutsche-stimme.de erreichen. Außerdem haben Sie ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde. Zuständig ist der Landesdatenschutzbeauftragte Ihres Bundeslandes.

Ich zahle mein Probe-Abo bar (Inland: € 12,00 liegen bei!).

Ich zahle mein Probe-Abo bar (Ausland: € 19,00 liegen bei!).

Ich zahle per Vorkasse (nur möglich bei Jahres- und Förder-Abo!).

Ort, Datum

Unterschrift